

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 19

Artikel: Der Kommentar
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095122>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

à propos Mensch

A propos *Sowjetmensch* vielleicht. In den Zeitungen hat man nichts davon gelesen. Klar: In der Sowjetpresse stand aus verständlichen Gründen nichts darüber, TASS gab keine Agenturmeldung, und ausländische Journalisten halten sich in Dneprodzschinsk nicht auf. Das ist eine Hafen- und Industriestadt am Dnjepr im Gebiet Dnepropetrowsk in der Ukraine, mit immerhin 227 000 Einwohnern (1970). Nun ist die Nachricht von Unruhen im letzten Sommer per Samisdat doch durchgesickert: ein Stückchen «Chronik der laufenden Ereignisse» ausserhalb der seit einem Jahr abgewürgten Samisdat-Publikation gleichen Namens:

Zu den Ereignissen in Dneprodzschinsk im Sommer 1972

«Es geschah buchstäblich einige Tage nach der Veröffentlichung des Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets der Ukrainischen SSR über die Verstärkung des Kampfes gegen den Alkoholismus (23./25. 6. 72).

Es war ein arbeitsfreier Tag — Samstag oder Sonntag. Nach dem Hochzeitsessen in einem Haus gingen die Gäste und die Jungvermählten, nachdem sie etwas getrunken hatten, auf die Strasse spazieren, wie dies in Provinzstädten üblich ist. Gewöhnlich gab es von seiten der Polizei keinerlei Einwände dagegen.

Nicht so dieses Mal. Nach ganz kurzer Zeit wurden die Spaziergänger von einer Polizeipatrouille angehalten und aufgefordert, auf den Polizeiposten zu kommen. Nicht so sehr die Tatsache der Festnahme an sich, als vielmehr die Grobheit der Polizisten weckten die Empörung von Passanten und Festgehaltenen. Sie umringten die Polizisten in einem festen Kreis und verlangten, dass die Leute freigelassen würden. Die Polizei musste rasch ein Spezialauto kommen lassen. Der Skandal weitete sich aus. Vier der Festgehaltenen erklärten sich bereit, das Auto zu besteigen, weil viele Passanten sich anerbieten, dem Auto zu folgen, um an Ort und Stelle auf dem Polizeiposten zugunsten der Festgehaltenen auszusagen. Das Auto fuhr los, hinter ihm her ging eine kleinere Menge, die ganz kämpferisch gestimmt war.

Ungefähr auf halbem Wege stiess das Polizeiauto mit einem Lastwagen zusammen (schuld war der Fahrer des Polizeiautos) und fing fast sogleich zu brennen an. Es ist kaum anzunehmen, dass der geringfügige Zusammenprall Ursache des Brandes war. Das stehengebliebene Auto umringte sogleich eine Menge. Sie vor dem Feuer in Sicherheit bringend, sprangen die Polizisten aus der Fahrerkabine. Die Passanten stellten fest, dass alle Polizisten nicht nüchtern waren, und begannen zu fordern, dass sie den Schlüssel zum Wagenkasten herausgeben sollten. Die Polizisten weigerten sich, den Schlüssel herzugeben, und behaupteten, es sei niemand im Auto. Das Feuer erfasste inzwischen das ganze Fahrzeug, und die Polizisten, die eine Explosion befürchteten, versuchten in Deckung zu gehen. In dem Moment kamen die hinter dem Auto zurückgebliebenen Zeugen auf den Schauplatz und riefen: «Genossen, es sind Leute dort drin!» Man öffnete den Wagenkasten...

Zwei der «Insassen» des Wagenkorbs waren schon tot. Einer starb sogleich, nachdem man aufgeschlossen hatte, der vierte starb kurz darauf im Spital. Die empörte Menge stürzte sich mit Schreien «Faschisten! Haut sie! Säuer!» zum Polizeiposten und erstürmte ihn. Der diensthabende Offizier schaffte es, telefonisch dem Stadtkomitee der KPdSU über das Vorgefallene Bericht zu erstatten. Als die Menge ihn zu verprügeln anging, bezog er sich auf die Parteipolitik und die Richtlinie des Stadtkomitees. Die Menge zog zum Stadtkomitee der KPdSU. Der Diensthabende im Stadtkomitee (es war arbeitsfreier Tag), über das Erscheinen einer Menge vorgewarnt, begab sich auf die Freitreppe und versuchte, mit den Leuten zu verhandeln, aber bald — verärgert über die höhnischen Antworten — hielt er nicht mehr an sich und begann den Menschen mit Gefängnishaft und Vergeltung zu drohen — solchen Auführern und Feinden der Sowjetmacht. Darauf ging die Menge daran, die Scheiben des Stadtkomiteegebäude) einzuwerfen, und veranstalteten ein Pogrom im Gebäude. Der Diensthabende des Stadtkomitees, der sich im Gebäude eingeschlossen hatte, telephonierte unterdessen dem Ersten Sekretär in dessen Wohnung.

Ueber das Vorgefallene informiert (die Menge beim Stadtkomitee wuchs mehr und mehr an), verband sich der Erste Sekretär sogleich mit den Streitkräften (die Art der Streitkräfte konnte nicht festgestellt werden), und etwa drei Regimenter trafen etwa eine Stunde später beim Gebäude des Stadtkomitees ein. Nach der ersten Aufforderung, sich zu zerstreuen, eröffneten die Soldaten das Feuer aus Maschinenpistolen.

An jenem Tag wurde niemand verhaftet. Die Menge zerstreute sich. Die Zahl der Opfer konnte nicht genau festgestellt werden, aber zweifellos sind folgende Opfer gefordert worden: die vier, die beim Brand des Autos umkamen, und mehrere (mindestens zwei) Polizisten, die durch die Menge gelyncht wurden. Ausserdem wurden auf dem Platz vor dem Stadtkomitee durch das Maschinenpistolenfeuer mindestens zehn Menschen getötet oder verwundet.»

Man beschäftigt sich hierzulande derzeit viel mit den von realistischer Existenzangst diktierten Massnahmen des Sowjetregimes gegen die «artikulierte Opposition» — gegen Andersdenkende, die ihre Meinung in aller Öffentlichkeit vertreten und deshalb mund- oder überhaupt tot gemacht werden «müssen». Dazu gibt es bekanntlich die SPB, die Psychiatrischen Sonder-Anstalten, nebst den altbewährten KZs.

Die Information aus Dneprodzschinsk besagt allerdings, dass die Reaktion der Parteiführung der Lage nicht angemessen ist: Wie schon in den sechziger Jahren in Nowotscherkassk und in Tiflis, wie 1970 in den polnischen Hafenstädten erweist sich, dass ein an sich geringfügiger Anlass genügt, um die sonst schweigende Mehrheit, deren Schweigen natürlich als Unterstützung der Parteipolitik ausgelegt wird, deutlich werden zu lassen: Also das ist die tatsächliche Verfassung *des Sowjetmenschen!* Wir haben kein Recht, das zu ignorieren, bloss weil «Prawda» und «Iswestija» nichts davon berichten, sondern sind durch diese nüchterne Berichterstattung einmal mehr aufgefordert — gerade auch im Hinblick auf die KFSE — zum Mitdenken, zur Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass «der Unbekannte Sowjetmensch» gegen sein Establishment ist.

HTD

Samisdat

(Fortsetzung von Seite 3)

leichter. Sie verzichten zusehends mehr auf rechtsstaatliche Alibis und haben gar nichts dagegen, wenn ihre Methoden an die Zeiten Stalins erinnern, von denen man sich nicht einmal mehr distanziert. Die Frage ist, ob sie damit durchkommen, im Inland und im Ausland. Mit dem Inland, über das sie mit uneingeschränkten Machtmitteln verfügen können, haben sie wahrscheinlich trotzdem die grösseren Sorgen.

Die überaus instruktive Broschüre von Eugen Voss enthält noch detaillierte Hinweise darauf, wo man sich im Westen Samisdat-Materialien anfordern kann. Das vorhandene Schrifttum ist erstaunlich reichhaltig und vielfältig. Es würde nur noch gelten, seinen Inhalt einem widerwilligen Westen bewusst zu machen. *cb*



Zu Chile

Die Kundgebungen von heute werden die Mythen von morgen. Im Falle der Trauersolidarität «mit Chile» sind sie bereits mit Bombenanschlägen gegen amerikanische Gesellschaften virulent geworden. Bombenanschläge hatte es in den letzten Wochen der Amtszeit Allendes auch in Chile gegeben. Gegen ihn. Man hatte aus ihnen den faschistischen Charakter der Terroristen abgeleitet...

*

Aber es geht um die längerfristige Wirkung der Legendenbildung für das öffentliche Bewusstsein. Das Beispiel des IIT-Konzerns ist recht bezeichnend. Man hatte ihn, in der nordamerikanischen Presse übrigens, beschuldigt, zusammen mit der CIA (sie wird bei solchen Anklageschriften immer als Mittäter vorausgesetzt), vor drei Jahren die Wahl Allendes zum Präsidenten verhindert wollen zu haben. Beschuldigt = überführt = bestraft. So geht bei uns der «Bewusstmachungsprozess». Ein Vorurteil im allerwörtlichsten Sinne, das sowohl spontan wie systematisch aktiviert wird.

*

Kein Zweifel, dass man weitherum auch beim gewaltsamen Ende des chilenischen «Experiments» die nordamerikanische Komplizenschaft, wenn nicht Urheberschaft, «wissen» wird. Weil Washington das Regime in Santiago nicht mochte. Das ist Beweis genug.

Oder fast. Die Vorarbeit der Indizienbeweise hat in den allerbesten Gazetten begonnen. «Washington hatte Putsch erwartet.» Ein Zeitungstitel («Nationalzeitung», 13. September). Darunter der Bericht: Man hatte in der US-Hauptstadt bereits drei Wochen zuvor in Spionage- und Diplomatentreisen von einem bevorstehenden Putsch geredet. Wenn das keine Enthüllung ist! Gleichzeitig hat die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle den Waffenexport nach Chile angeprangert. Mit der Begründung...

dung, das Gesetz verbiete die Waffenausfuhr nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht oder auszubrechen droht. Der Vorwurf fusst auf der selbstverständlichen Voraussetzung, dass die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts in Chile offensichtlich gewesen sei; anders hätte die Beschuldigung keinen Sinn. Unser liebes, kleines, weit entferntes Bern hätte also in Erwartung des Putsches den Waffenexport nach Chile stoppen sollen. Aber die amerikanischen Spionagekreise, die durften ihn nicht erwarten, sonst sind sie überführt. A propos Spionagekreise: Wie weiss man, was sie erwarten? Wahrscheinlich so: «Ach Sie sind der Korrespondent K. K.? Freut mich. Ich bin X. Y., Spion. Wissen Sie, in Chile...» Es müssen wenigstens vertrauliche Bräuche herrschen, in der berühmten CIA. Tja. Wie hätte sich das diplomatische Washington erst verdächtig gemacht, wenn es allein in der Welt von den Ereignissen nichts geahnt hätte, vor denen unter anderm ein gewisser Allende öffentlich gewarnt hatte!

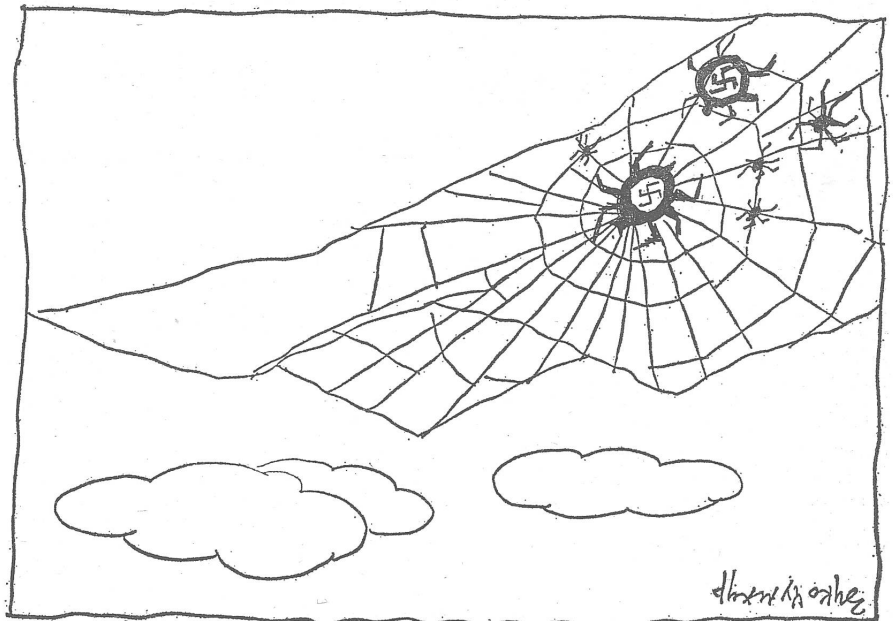
*

Aber lassen wir die bei uns so schön vorgewussten amerikanischen Umsturzpläne, und kommen wir zum amerikanischen Wirtschaftskrieg gegen Chile. Das Treiben der US-kontrollierten multinationalen Gesellschaften und so. Die diesbezügliche Legende wird «wissen», dass sie es waren, die Chile in den Bankrott und ins Chaos gestürzt haben, bis es nicht weiter ging.

Aber wie hatte man das vor Tisch gelesen? Durch ihre vorherige Präsenz hatten die USA durch ihre Gesellschaften doch das Land ausgebeutet, sich auf Kosten Chiles bereichert, nicht? Nun hatte Chile die Kupferbergwerke usw. entschädigungslos enteignet (d. h. eigentlich sogar mehr als das: man stellte noch eine Nachrechnung für übermässige Profite zuvor) und sie danach, befreit von der ausländischen Ausbeutung, zum Wohle des eigenen Landes arbeiten



Der Generalsekretär der prosovjetschen chilenischen KP, Luis Corvalan, sagte im Herbst 1972: «Als die Rechte einsah, dass sie nicht auf die Armee zählen konnte, wählte sie den Weg des Generalstreiks, um die Aktivitäten Chiles zu lähmen und das Land zu ersticken.»



«Netz in den Anden.» So hatte die Belgrader «Politika», am 5. August 1973 die faschistische Bedrohung in Chile dargestellt. Bei näherem Zusehen gewahrt man auch bei diesem vorgewussten Muster einige Dinge, die nicht ins Konzept passen, so den von unten nach oben geführten Klassenkampf der «Rechten».

lassen. Also hätte Chile den doppelten Gewinn gemacht: Erstens durch Aneignung des investierten Kapitals, und zweitens durch alle weitere Eigenbenutzung des «Mehrerts». Aber wo blieb der folgerichtige Aufschwung? Es ist eine Konsequenzfrage: Den Boykott durch US-Firmen kann nur derjenige als Faktor des Ruins beklagen, der die vorangegangenen Investitionen nicht in schlichter Ausschliesslichkeit als Verelendungsfaktoren begreift.

Etwas ähnliches scheint auch für die interne Ordnung zu gelten. Nachdem man in der Landwirtschaft die gerechte Umverteilung vorgenommen hatte (bis hierher bin ich nicht ironisch; es geht nur um die in Aussicht gestellten wirtschaftlichen Folgen), musste das Land 1973 fünfmal mehr Dollar für Nahrungsmittelimporte ausgeben als 1970, sagen wir für dreimal mehr Realwert, wenn wir den Dollarsturz ganz grosszügig einkalkulieren. Von dem der unendlich mehr inflationäre Escudo allerdings nicht zu profitieren vermochte.

*

Da wären wir also bei den Gründen im Lande selbst. Nämlich, und hier kommt dann eine Hauptlegende, bei den herrschenden Klassen, welche dem Volk ihre Macht nicht freiwillig übergeben. Hier ist zu sagen, dass dieses feindliche Nichtvolk einen ordentlichen Teil der Bevölkerung ausmachte. Die Volksfront hatte bei den Präsidentschaftswahlen von 1970 nur 36,6 Prozent der Stimmen erhalten, und Allende wurde aufgrund des relativen Mehrs Staatschef. Bei den Kommunalwahlen von 1971 verdiente dann die «Unidad Popular» beinahe ihren Namen, aber sie blieb immer noch unter den 50 Prozent. Und bei den Parlamentswahlen von 1973 erreichte sie 43,3 Prozent; die Kurve zeigte wieder abwärts.

Allende berief sich bei seinen Massnahmen zur Verwirklichung des Sozialismus auf das Mandat

des Volkes; es war das Mandat einer erst noch gründlich verstrittenen Minderheit. Aber das Mandat des Parlaments, der Volksvertretung, übergibt er einigemal. Die wäre sein Chef gewesen. Gewiss, der legale Präsident regierte so legal und demokratisch wie möglich, das heisst, so legal und demokratisch es ging, ohne das Ziel des «Sozialismus» aufzugeben (in dem es eine neue Legalität und Demokratie geben würde). Wie er sagte: «Unser Wappenspruch ist: ‚Durch die Vernunft oder durch die Gewalt‘. Aber zuerst durch die Vernunft.»

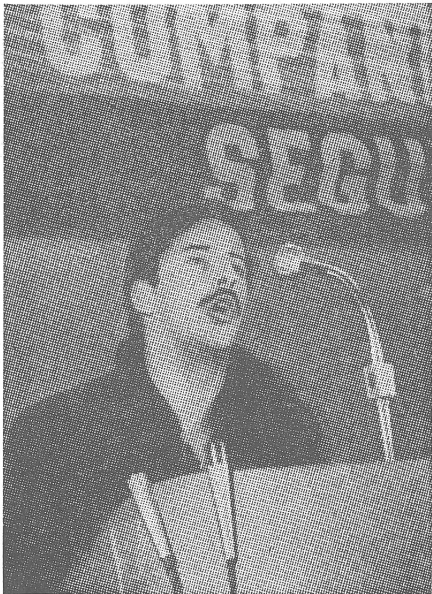
Und eben diesen «Wappenspruch» brauchte dann die Opposition, als sie sich ihrerseits keineswegs nur legaler und demokratischer Mittel bediente.

*

Hier kommen wir zum höchst antilegendären Paradox des Klassenkampfes mit umgekehrten Vorzeichen. Die Opposition rief zu politischen Streiks und Generalstreiks auf; sie mobilisierte Hausfrauen, Arbeiter und Mittelschüler zu Strassendemonstrationen; sie rief zum Kampfe von unten gegen oben auf. Man kann diese Mittel verurteilen. Aber nur dann, wenn man sie auch sonst nicht als legitim betrachtet.

Man hat das als Unternehmerstreiks und Mittelstandsaktionen apostrophiert. Man kann das tun, aber nur dann, wenn man bourgeoise Kriterien anwendet. Die berühmten «Führerunternehmer» zum Beispiel, einige Zehntausend an der Zahl, waren Chauffeure, die ihren eigenen Lastwagen besaßen: ein marxistischer Idealfall, in dem der Werkstätige schon Eigentümer seines Produktionsmittels ist. Und Aerzte, Bankangestellte, Piloten: sie gehören als Lohnbezügler just im marxistischen Sinne nicht der Ausbeutenklasse, sondern dem Proletariat an, von den «besserbezahlten Grubenarbeitern» ganz zu schweigen. Es ist eigentlich zum Heulen, dass ausgerechnet

(Fortsetzung auf Seite 6)



Der Generalsekretär des linksrevolutionären MIR, Miguel Enriquez. Allende nannte ihn bei guter Gelegenheit «rechtsstehend» und «konterrevolutionär».

Der Kommentar

(Fortsetzung von Seite 5)

die angeblich «bewusste Linke» diesen Tatbestand nicht einsieht; aber das darf sie nicht; sonst nähme ihr Bewusstsein noch Schaden.

Jedenfalls führte der einseitig verkündete und beidseitig angewandte «Wappenspruch» richtig zum politischen Chaos, welches das wirtschaftliche Chaos überlagerte.

*

Die faschistisch genannten Extremisten der Opposition suchten den Terror mit ähnlichen Mitteln, wie sie drei Jahre lang die linksrevolutionäre Bewegung MIR gehandhabt hatte. Aber man tröste sich: Auch sie war von Allende «rechtsextrem» und «konterrevolutionär» genannt worden, als ihre gewaltsamen Aktionen das Regime in Verruf brachten.

*

Das Chaos führte zum Militärputsch, und hier wenigstens, sollte man meinen, wird die künftige Legende mit der bestbekanntesten lateinamerikanischen Wirklichkeit übereinstimmen: Militärs retten den Klassenfeind. Aber nicht einmal das stimmt. Wenn die Militärs das hätten tun wollen, hätten sie es vor drei Jahren tun müssen. Oder auch noch etwas später, aber auf jeden

Fall je früher je typischer. Statt dessen hatten sie das legale Regime unterstützt, waren in Einzelfällen sogar gegen seine Feinde aufmarschiert. Zur Wahrung von Ruhe und Ordnung, die der marxistische Präsident wünschte.

Auch da war es zum grossen Paradox gekommen. Im Herbst 1972 sprach es der kommunistische Parteichef Luis Corvalan aus: «Als die Rechte einsah, dass sie nicht auf die Armee zählen konnte, wählte sie den Weg des Generalstreiks, um die Aktivitäten Chiles zu lähmen und das Land zu ersticken.» Eine Rollenverteilung, die im ideologischen Selbstverständnis unserer braven Antikapitalisten nicht falscher sein könnte. Aber so war sie, die Rollenverteilung von Armee und werktätigen Massen, nach der Aussage eines kommunistischen Generalsekretärs!

Aus dem ergibt sich, dass die Armee bei ihrem späten Eingreifen im manifesten Chaos nicht den Klassenfeind retten wollte. So unglaublich es in unsern konditionierten Ohren klingt: am plausibelsten ist noch die These, dass sie das Land retten wollte. Das heisst noch nicht, dass sie es tun wird (mit dem politischen Willen militärischer Machthaber ist es alleweil so eine Sache), aber das war hier nicht die Frage.

*

Wo die Burleske kein Spass ist

Isabelita statt Evita

Weiteres aus Lateinamerika von Alphonse Max

Die Uebergangsepoche hat in Lateinamerika so gut wie anderswo viele Gesichter. Dazu gehört ganz konkret wieder einmal das Gesicht einer Ehefrau von Juan Domingo Peron, dessen Altersbegierden zum politischen Willen einer im Zersetzungssinn fortgeschrittenen Nation gehören, die dem Taumel verfallen ist. In andern Ländern machen die Töchter und Söhne ehemaliger Diktatoren aus eigener Kraft eine politische Karriere, von der man nur zu gut weiss, wo sie angefangen hat, nicht aber, wo sie münden wird.

Die Wahlen in Argentinien, bereits die zweiten im Laufe des Jahres 1973, werden zweifellos vom ehemaligen Präsidenten und Diktator, General Juan Domingo Peron, gewonnen werden. Bei seinem ausgesprochenen Familiensinn hat er gleich seine um 35 Jahre jüngere Ehefrau als Vizepräsidentenskandidatin aufgestellt. Sie kann damit im Oktober zur Stellvertreterin ihres kränkelnden Gemahls aufrücken. Und nach einiger Zeit zu seiner Nachfolgerin.

Die ertanzte Nachfolgeposition

Es lässt sich als Zeichen von Emanzipation werten, wenn eine Frau an die Spitze eines Staates gelangt. Wenn sie es aber ausschliesslich in ihrer Eigenschaft als Ehefrau tut, dann offenbart das keine Fortschrittlichkeit, sondern bloss feudale Rücksständigkeit. Frau Peron, mit bürgerlichem Namen Maria Estela Martinez, genannt Isabelita, hat keinerlei politische Erfahrung. Sie begegnete dem alternden General im Exil, als sie sich auf Tanztournee befand, denn sie ist Tänzerin;

warum auch nicht? Allerdings pflegt man in Lateinamerika mit der Bezeichnung «Tänzerin» einen Beruf zu umschreiben, der mit klassischem, modernem oder folkloristischem Tanz nur gelegentlich etwas zu tun hat.

Peron ist an die 80 Jahre alt, und sein Gesundheitszustand ist so, dass ihm die Aerzte jegliche Strapazen und Erregungen verboten haben. Wie er ein so kompliziertes und aufgewühltes Land regieren wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wird ausgerechnet dieser kränkelnde Greis von der Begeisterung der argentinischen Jugend getragen; ein bemerkenswertes Phänomen.

Ueberhaupt scheint es eigenartig, was die Argentinier sich dieses Jahr alles gefallen lassen oder sogar mit Enthusiasmus aufnehmen: Wahlen werden abgehalten und von Campora gewonnen, dem blossen Strohhalm eines exilierten Lebemanns, der von den Strafgerichten unter anderm wegen Korruption, Kinderschändung und Betrug verurteilt worden war. Wenige Wochen darauf wird der besagte Strohhalm, an

dessen Namen man sich schon heute kaum noch erinnert, zum Rücktritt veranlasst. Lopez Rega, Perons Privatsekretär und in freier Ehe mit seiner Tochter lebend, wird Wohlfahrtsminister und katapultiert seinen Chef auf den inzwischen vakanten Präsidentschaftssessel. Neue Wahlen, an die man bis zum Juli überhaupt nicht gedacht hatte, sollen jetzt erlauben, dass der nicht so ehrwürdige Greis und die Dame Isabel auch formell die Ehe mit dem argentinischen Staat zelebrieren. Die so gut wie sichere Vizepräsidentin und sehr wohl mögliche Präsidentin der grössten spanisch sprechenden Nation Südamerikas ist eine ehemalige Lebedame mittlerer Güte. Etcetera. Eine «chronique scandaleuse» im wörtlichen Sinne, die weltgeschichtliche Erinnerungen an Epochen weckt, in denen staatliche Gemeinschaften ihrem Ende zutrieben.

Das erstaunlichste an diesem Karussell, dessen Mechanismen vor aller Welt exhibiert werden, ist die Tatsache, dass in Argentinien niemand negativ darauf reagiert. Kirche, Militär und Gesellschaft mit allen ihren Institutionen scheinen gegen das, was sich da abspielt, unempfindlich geworden zu sein; nicht einmal der kommunistische Neopuritanismus nimmt den geringsten Anstoss daran. Ausgelöscht wirken nicht nur guter Geschmack und moralisches Empfinden, sondern auch die Staatsraison selbst. Jedermanns Los hängt davon ab, was dem abgelebten Tausendsassa noch einfallen wird, und jedermann scheint damit ganz einverstanden zu sein.

Ein ganz anderes Kaliber in Kolumbien: «La Capitana» organisiert sich hoch

Nichts ist ansteckender als ein schlechtes Beispiel, und so hat auch die Tochter des ehemaligen Diktators von Kolumbien ihre Präsidentschaftskandidatur angemeldet. (Ferner soll dem Vernehmen nach die Gattin des venezolanischen Ex-Diktators Marcos Perez Jimenez ebenfalls Gelüste auf Staatsführung entwickelt haben.)